

# blickpunkt

www.dkp-mw.de

Zeitung der DKP für Mörfelden-Walldorf



## Hier bleiben viele Fragen offen

In der „FR“, (12. 2. 05) wurde unter der Überschrift „Im Mönchbruchwald soll bald kein Nadelbaum mehr stehen“ berichtet, dass auf Anweisung des Regierungspräsidiums „etliche Nadelbäume“ gefällt werden. Ziel sei, „alle Nadelbäume aus dem mit 930 Hektar zweitgrößten Naturschutzgebiet Hessens zu entfernen“. Diese Nadelbäume seien nach Meinung der Oberen Naturschutzbehörde im Eichenwald „nicht heimisch“. Dieses Vorgehen wirft Fragen auf: Wie hoch ist der Anteil von Nadelbäumen am Gesamt-Baumbestand der 930 Hektar Naturschutzgebiet? Trifft es zu, dass eine Entfernung „aller Nadelbäume“ in vielen Abschnitten einer Rodung gleichkommt? Es soll dem Artikel zufolge ein „lichter Eichenwald“ geschaffen werden, der in manchen Gebieten noch mit weiteren Eichen aufgeforstet werden soll. Wie viele Eichen werden aufgeforstet? Wo und bis wann? Wie lange wird es dauern, bis der jetzt entfernte Nadelbaumbestand wieder in Form eines Laubbaumbestandes nachgewachsen ist?

Laut Bundeswaldinventur bietet der Waldrand „Schutz vor einer Aushagerung durch Wind und zu starker Sonneneinstrahlung und hat andererseits positive ökologische Wirkungen auf die angrenzende Feldflur durch z. B. Windberuhigung“. Trifft es zu, dass nördlich des Schlichtertores und an anderen Stellen eine massive Schädigung dieser Schutzfunktionen vorliegt?

Am 1. 4. 2005 berichtet die „FR“, dass das „Schlagen von „Fremdgehölzen“ Teil eines Kompensationsgeschäftes mit der FRAPORT sei. Es wird behauptet, dass die Maßnahmen „52 Millionen Biotopwertpunkte“ erbringen, für die 18 Millionen Euro von der FRAPORT an Hessen-Forst gezahlt würden. Trifft es zu, dass dieses Geschäft zwar Hessen-Forst Geld bringt, aber nicht zu einem Ausgleich für Abholzungen der FRAPORT, sondern insgesamt zu einer massiven Verringerung des Baumbestandes führt? Welchen ökologischen Sinn haben solche Ausgleichsmaßnahmen dann noch? Stimmt es, dass der aktuelle hohe Bedarf an Holz die Rodungen beschleunigt?

## Märchenstunde

Vielen Bürgern ist aufgefallen, dass der Schlichter „wie eine Mondlandschaft“ aussieht. Hinter den Abholzungen ist mehr zu vermuten als Hessen-Forst zugeben möchte.

Im Raum stehende Fragen wurden von Forstamtsleiter Dr. Hammes bislang nicht beantwortet, nur mit Ausflüchten abgetan. Immerhin räumte er ein, dass man nicht nur „Nadelbäume entnimmt“, sondern auch „Eichen und Hainbuchen“. Damit „Stieleichen aufgeforstet“ werden können.

„Es gibt also zwei verschiedene Gründe, warum wir gerade viele Bäume entnehmen: den Naturschutz und die Waldgesundheit“, so Hammes. Er hat wohl die Website der Forstdirektion Tübingen gelesen: „Das Medium Märchen eignet sich sehr gut für forstliche Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen der Waldpädagogik. Dies können die bekannten Märchen sein, als auch eigene, erfundene Märchen - sozusagen Geschichten aus der Waldbewirtschaftung“. Kein Märchen ist diese Meldung aus dem HOLZ-Journal vom 6. April, wo unter „Export von Buchenrohholz expandiert sprunghaft“ steht: „dass die Exporte von Eichenrohholz und Buchenrohholz im Januar mehr als das Doppelte des Vorjahres betragen (...). Auch die Ausfuhren von Laubschnittholz, insbesondere Eichenschnittholz, legten sprunghaft um mehr als die Hälfte auf 57000 m<sup>3</sup> zu“. Und: „Sägeindustrie kündigt höhere Preise an“. Ein Verdacht: es geht nicht um Waldgesundheit, sondern um die „Gesundheit“ von Hessen-Forst, die anders als die alte Forstverwaltung nicht dem Erhalt und der Pflege des Waldes verpflichtet ist, sondern mithelfen soll, den Landeshaushalt auf Kosten des Naturschutzes zu sanieren.

Alfred J. Arndt

8. Mai 1945  
8. Mai 2005



Als vor 60 Jahren, am 8. Mai 1945, der II. Weltkrieg in Europa endete, war für die Mehrheit der Menschen in den vom Krieg gezeichneten Ländern eine Erkenntnis klar: „Nie wieder!“ Auf Grundlage dieser Erkenntnis wurden 1945 die Vereinten Nationen gegründet, in deren Charta sich die Mitgliedsstaaten verpflichten, auf Gewalt in ihren internationalen Beziehungen zu verzichten und sich einer überstaatlichen Rechtsordnung zu unterwerfen.

60 Jahre danach wird diese Verpflichtung zunehmend ignoriert. Nicht nur die USA und die NATO maßen sich die Rolle eines gewaltbereiten Weltpolizisten an, um so ihre jeweiligen Interessen durchzusetzen. Auch die Europäische Union baut zur Zeit die Fähigkeit zu weltweiten militärischen Interventionen auf, deren Zielsetzungen sich von denen der USA kaum unterscheiden. Nicht Kriege wieder führbar machen sondern Kriege ächten lautet die Forderung zum 8. Mai 2005!

Unter dem Deckmantel der Humanität und der Bekämpfung des „internationalen Terrorismus“ werden heute wieder Kriege geführt, die dem Zugriff auf Rohstoffe und der Absicherung von Machtansprüchen und Interessen dienen. Die Verfolgung humanitärer Ziele verliert durch die Anwendung von Gewalt ihre Glaubwürdigkeit und Wirksamkeit. Schon heute existiert ein umfassendes Instrumentarium an zivilen Instrumenten und Methoden, um Konflikte in und zwischen Staaten auf friedlichem Wege zu bearbeiten. Nicht wegsehen sondern zivil handeln, ist die Konsequenz 60 Jahre nach Ende des II. Weltkrieges!

Während in den USA die Rüstungsmaschinerie wieder auf Hochtouren arbeitet, wird auch in der EU ein Rüstungsprojekt nach dem anderen umgesetzt. Mit Blick auf die auch bei uns erfahrenen Schrecken des Krieges kann dies nur als Irrweg bezeichnet werden. Nur wenn die Mittel zum Krieg beseitigt werden, kann auch die Kriegsgefahr gebannt werden.

Nicht neue High-Tech-Waffen anschaffen sondern Schritte zur Abrüstung gehen, lautet die Forderung zum 8. Mai 2005!

Daher erwarten wir von Bundestag und Bundesregierung:

- Verzicht auf die atomare Teilhabe im Rahmen der NATO und Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Deutschland
- keine Militarisierung von Konflikten durch Rüstungsexporte aus Deutschland
- keine Umrüstung der Bundeswehr zur Interventionsarmee!
- keine Militarisierung der EU!

## Niedergang

Die Grünen stimmen dem Aufbau eines europäischen „Raketenabwehrsystems“ (MEADS) zu, das gemeinsam mit Italien und den USA entwickelt werden soll, obwohl sie eigentlich dagegen sind.

Allein der deutsche Anteil an der Entwicklung dieses Rüstungsprojektes beträgt über 800 Millionen Euro. Fachleute veranschlagen die tatsächliche Summe auf das Dreifache.

MEADS bringt für Europa keine zusätzliche Sicherheit, sondern muss als Bestandteil der US-Planung eines Raketenabwehrsystems gewertet werden, mit dem Rüstungskontrollverträge ausgehebelt werden. Steigende Rüstungsexporte und Waffenlieferungen in den Nahen Osten, windelweiche Haltung des grünen Außenministers zum Kanzlerwunsch nach Aufhebung des Waffenembargos gegenüber China und neue Rüstungsprojekte wie das MEADS-System - die Grünen tragen die Militarisierung der deutschen Politik inzwischen nahezu ohne Ausnahme mit.

Was für ein Niedergang einer Partei, die meinte, sie allein wäre die Friedensbewegung. Beiläufig sei auch mal wieder festgehalten: Wenn „oben“ das Geld verpulvert wird, fehlt es „unten“ in der Kommune.

## Lockruf

Müntefering, der Mann mit dem roten Schal, witterte wohl das nach den Landtagswahlen in Kiel und vor denen in Düsseldorf auf die SPD zukommende Unwetter und griff zur „linken Rhetorik“. Sozialismus wolle er zwar nicht, aber „die international wachsende Macht des Kapitals“ wolle er schon kritisieren. Da rauscht es im Blätterwald: „SPD verschreckt die Wirtschaft“, „Entsetzen über Kapitalismuskritik“, „Rolle rückwärts“ konnte man lesen. Alles Quatsch.

Letzteres ist vom Wahlverein SPD mit Sicherheit nicht zu befürchten.

Denn während sich CDU, FDP und Wirtschaftsverbände über das Wortgeklingel aufregen, signalisieren die „SPD-Linken“ bereits Entwarnung. Erler betonte, beim Plan, die Körperschaftsteuer, die nur Konzerne zahlen, zu senken, bleibe es, auch wenn die eigene Klientel Unverständnis zeige.

„Münfte“ beklagte, dass Kapitalisten national wie international nur an ihren Profit denken. Die Unternehmenssteuern werden von der SPD aber trotzdem gesenkt.

# Gemeinsam gegen den Flughafenausbau

Ist man ein „Fortschrittsgegner“, wenn man die Einführung des Riesenflugzeuges A380 mit Stirnrundeln verfolgt?

Der europäischen Luft- und Raumfahrtkonzern EADS, die Lufthansa, die Banken und viele Politiker sagen: diese neue Maschine ist der Fortschritt - sie wird gebraucht.

Wer sich mit dem Thema beschäftigt oder direkt an Flughäfen wohnt kann auch zu anderen Schlussfolgerungen kommen. Die 60 Bürgerinitiativen gegen die Flughafenerweiterung die sich z.B. rings um den Frankfurter Airport gegründet haben, sehen die Einführung der neuen Maschinen sehr kritisch und lehnen sie ab.

Gefragt werden sie nicht. Was nicht heißt, dass in den Bürgerinitiativen nicht eine Menge nachgedacht und zusammengetragen wird.

Am 18. Januar 2005 wurde die Riesenmaschine vorgestellt. Schröder schwärmte, dass der A380 ein „Erfolg der Traditionen des guten alten Europa“ sei. Man habe gezeigt, dass man nun „zumindest in der Luftfahrt“ Weltspitze sei. Der Airbus soll mit 555 bis 853 Sitzen ausgerüstet und vorwiegend im Interkontinentalverkehr eingesetzt werden. Der Neubau braucht mindestens 250 verkaufte Einheiten, um die eigenen Investitionskosten wieder einzuspielen.

## Viele Zubringerflüge notwendig

In Deutschland werden nur die Airports Frankfurt und München für den A380 ausgebaut. Das bedeutet, es sind viele Zubringerflüge nötig.

Am Frankfurter Flughafen will man für den A380 eine riesige Wartungshalle (350 m lang, 140 m breit, 35 m hoch) bauen. Dafür soll Bannwald gerodet werden, der erst vor wenigen Jahren unter Schutz gestellt wurde.

## Neue Bedürfnisse?

Auf Interkontinentalflügen von Deutschland aus bieten Flugzeuge meist ca. 230 Sitzplätze an, von denen im Schnitt 186 besetzt sind.

Da schafft man sich neue Bedürfnisse. In den Zeitungen werden Anzeigen gedruckt wie: „Flüge in die beliebtesten Shopping-Paradiese der Welt“. „Shanghai 569,- Euro“. Für diesen Schwachsinn rodet man Bannwälder - und pfeift auf die Klimakatastrophe.

Man geht davon aus, dass sich der Flugverkehr bis 2020 nochmals mehr als verdoppelt - das ist nicht nur für Menschen die an Flughäfen wohnen eine Horrorprognose.



Es sind aber auch andere Entwicklungen denkbar. Einbrüche gab es nach dem 11. September 2001, wegen Sars, Rezessionstendenzen und ansteigender Kraftstoffpreise.

Der Verkehrsfachmann Winfried Wolf, früher PDS-MdB, schreibt:

„... Doch gerade dann, wenn der A380 ein Erfolg wird, beginnt sein umweltpolitischer und verkehrspolitischer Misserfolg. Er verstärkt auf mehrfache Weise das Wachstum desjenigen Verkehrsträgers, der am stärksten zur Klimaerwärmung beiträgt.“ ... „Schliesslich sind der größte Teil der dem Flugverkehr zuzurechnenden Folgekosten externe Kosten. Klimaschädigende Gase, der Flächenverbrauch, die Lärmschäden, die Gesundheitskosten und vergifteten Flächen gehen nicht in die Ticketpreise ein,

sondern werden auf die Gesellschaft und spätere Generationen abgewälzt. Erst auf dieser Basis rechnet sich das Großraumflugzeug.“

Natürlich hat alles auch eine militärische Seite. Im Jahr 2000 fiel parallel zur Entscheidung, den A380 zu bauen, der Beschluss, beim europäischen Luft- und Raumfahrtkonzern Airbus/EADS den militärischen Großraum-Militärtransporter A400M zu fertigen. In das A400M-Projekt fließen fünf Milliarden Euro staatliche Hilfen für die Entwicklung.

Insgesamt sollen aus den europäischen Militärhaushalten in das A400M-Projekt - und damit in Airbus/EADS - Gelder in Höhe von 25 Milliarden Euro fließen.

Experten gehen davon aus, dass der A380 ohne die damit verbundene kontinuierliche Quersubventionierung, nie hätte gebaut werden können.

## Profite - koste es was wolle!

Die Profite jedenfalls sind ordentlich: Der europäische Luftfahrt- und Rüstungskonzern EADS steigerte seinen Vorsteuergewinn um

58% auf 2,4 Milliarden Euro - das beste Ergebnis seiner fast fünfjährigen Geschichte.

Wenn der A380 jetzt zum ersten Mal abhebt und eine ungeheure Propagandashow wochenlang auf uns einschlägt, sollten wir auch daran denken, dass es viele Gründe gibt, die gegen den A380 sprechen.

... und zwei Wahrheiten sollten noch ausgesprochen werden:

**Das weltweite Kapital will Profite sehen - koste es was es wolle. Wer glaubt, der Flugverkehr könnte endlos weiter gesteigert werden, ist auf dem Holzweg.**

Während der Anti-Bush-Demo in Mainz gab es ein Transparent: „Der Kapitalismus frisst die Erde und das Leben auf!“ Die Feststellung stimmt. Rudi Hechler

# Mai 1945 - Demokratischer Neubeginn

Mai 1945. Die Rhein-Main-Region war von den Amerikanern zwar besetzt, aber bis zum 8. Mai, dem Tag der Kapitulation, tobten an vielen Stellen in Deutschland noch furchtbare Kämpfe. Bis zum bitteren Ende wurde auf Befehl von Nazi-Generälen unnötig Blut vergossen, es wurden noch KZ-Häftlinge, Juden und Kriegsmüde auf grausamste Weise ermordet. Auch in Fernost war der Krieg noch nicht zu Ende. Amerikanische Flugzeuge warfen in Japan am 6. und 9. August auf die Städte Hiroshima und Nagasaki Atombomben, die hunderttausende Todesopfer forderten. Nachdem Hitler am 30. April Selbstmord begangen hatte, glaubte sein Nachfolger, Großadmiral Dönitz, die Engländer und Amerikaner noch zur Fortsetzung des Krieges gegen die Sowjetunion animieren zu können. Dieses verbrecherische Vorhaben mißlang. Am 8. Mai ging der zweite Weltkrieg in Europa mit der Unterzeichnung der bedingungslosen Kapitulation zu Ende. 55 Millionen Menschen verloren von 1939-1945 ihr Leben, allein 40 Millionen in Europa. Das „Tausendjährige Reich“ der Nazis war nach 12 Jahren beendet. Europa war vom Faschismus befreit. Langsam wich die Angst der Bevölkerung. Man harrete gespannt auf das Kommende.

In der Mörfelder Westendstraße sprangen schon am Tag nach dem Einmarsch der amerikanischen Truppen drei Offiziere von einem Jeep und fragten Mörfelder Einwohner: „...wo ist der kommunistische Bürgermeister?“ Mancher wird sich fragen: warum suchten die Amerikaner, die schon wenige Jahre später den Antikommunismus zur Staatsdoktrin erhoben, ausgerechnet die Kommunisten? Die Frage ist einfach zu beantworten. Man suchte Kommunisten, weil man Demokraten suchte, weil man konsequente Antifaschisten für den Neuaufbau benötigte. Rechtzeitig warnte die KPD 1933 das Volk: Hitler - das ist der Krieg! Durch die ganze Periode des Faschismus führte

die KPD einen organisierten, kompromißlosen Kampf gegen die schlimmsten Verderber unseres Volkes. Sie hat von allen antifaschistischen Kräften die weitestgrößten Opfer gebracht. Von rund 300.000 Mitgliedern, die die KPD 1933 zählte, wurden etwa 150.000 verfolgt, eingekerkert oder ins KZ verschleppt. Zehntausende Funktionäre und Mitglieder der Partei wurden ermordet.

Allein aus Mörfelden brachten Mitglieder der Kommunistischen Partei zusammen mehr als 50 Jahre in den Zuchthäusern und KZ's des Naziregimes zu. In Mörfelden und Walldorf waren Kommunisten dabei, als der Karren aus dem Dreck gezogen wurde.

Die Männer der ersten Stunde in Mörfelden waren: Viktor Büttner, Karl Dammel, Adam Denger, Wilhelm Feutner, Karl Hardt, Heinrich Hechler, Peter Klingler, Wilhelm Neumann, August Schulmeyer, Wilhelm Siegel, Ludwig Schulmeyer, Wilhelm Völker, Erich Wilker.

Die Aufgaben waren kaum zu übersehen. Im Wald lagen noch tote Soldaten, als man schon mit dem Pferdefuhrwerk bis zur Waldschenke „Bayer's Eich“ fuhr, um gehortete Lebensmittel zu organisieren. Kartoffeln holte man im Odenwald und in Oberhessen, Getreide im Ried, andere Lebensmittel mußten in einem Geschäft in der Langgasse sichergestellt werden.

Lange Zeit gab es kein elektrisches Licht. Zwischen 20 und 7 Uhr durfte sich niemand ohne Erlaubnis der Amerikaner auf der Straße sehen lassen. Laut Kontrollratsgesetz waren Wieder- und Neugründungen von Parteien verboten. Mehr als fünf Personen durften sich nicht versammeln.

Und doch gab es einen neuen Anfang, begann das politische, kulturelle und sportliche Leben. Im Mai trafen sich im Rathaus Peter Klingler, Ludwig Geiß und Ludwig Schulmeyer zu ersten Gesprächen über die Zukunft der Sport- und Kulturbewegung in Mörfelden.

Aus: „blickpunkt“-Broschüre „Neubeginn“



Was für ein Rummel. Der alte Papst krank, endlose Sondersendungen. Der Papst gestorben, stundenlange TV-„Extras“ und „Specials“. Ein neuer Papst. Wieder geht es rund. Die Bild-Zeitung erklärt uns: „Wir sind Papst!“

Selbst guten Katholiken geht dieser Zirkus mittlerweile auf die Nerven. Die andere Seite: Man kann mit diesen Methoden so herrlich ablenken von den Ungerechtigkeiten auf der Welt, von Arbeitslosigkeit, Armut und den Milliardären.

Früher gab es das vorwiegend im „Goldenen Blatt“ und ähnlichen Regenbogen-Zeitungen. Heute bringt es das Öffentlich-Rechtliche-Fernsehen. „Ist es auch Wahnsinn, so hat es doch Methode!“

Bertolt Brecht

## GEGEN VERFÜHRUNG

Lasst euch nicht verführen!  
Es gibt keine Wiederkehr.  
Der Tag steht in den Türen;  
Ihr könnt schon Nachtwind spüren:  
Es kommt kein Morgen mehr.

Lasst euch nicht betrügen!  
Das Leben wenig ist.  
Schlürf es in schnellen Zügen!  
Es wird euch nicht genügen  
Wenn ihr es lassen müsst!

Lasst euch nicht vertrösten!  
Ihr habt nicht zu viel Zeit!  
Lasst Moder den Erlösten!  
Das Leben ist am größten:  
Es steht nicht mehr bereit.

Lasst euch nicht verführen  
Zu Fron und Ausgezehr!  
Was kann euch Angst noch rühren?  
Ihr sterbt mit allen Tieren  
Und es kommt nichts nach her.

# Wenn es um Profit geht, geht Kapital auch über Leichen

Viele wissen es nicht: An der Opel-Rüstungsproduktion der Nazis im zweiten Weltkrieg verdienten selbstverständlich auch die Opel-Kapitalisten in den USA.

Wie war die Entwicklung?

## Vom Kuhstall nach Detroit

Der Schlossergeselle Adam Opel, am 9. Mai 1837 geboren, war der Werksgründer. Er baute ab 1863 Nähmaschinen und Fahrräder in einem ausgedienten Kuhstall, dann heiratete er eine Gastwirtstochter die 10.000 Taler mitbrachte. Er hatte auch sonst Glück, man brauchte gerade Nähmaschinen, weil man zwischen 1864 und 1871 viele Uniformen brauchte.

Machen wir einen Zeitsprung: Nach dem Adam kamen Söhne und Enkel. Mitte der 20er Jahre kam es zu Kontakten der Opel-Spitze mit General Motors (GM). Im Jahre 1928 wurde das Opel-Werk an GM verkauft.

Erich Mühsam schrieb dazu 1929: *„Ja, die hehrsten Ideale sinken in den Sack, wo blanke Münzen blinken. Schwarzweißbrot war ein gesunder Bluff. Deutsche, fährt in deutschen Limousinen – Nur solange die Opels dran verdienen. Fortan fährt in General-Motors! Töff!“*

## Beste Beziehung der GM-Bosse zu den Nazis

Machen wir noch einen Zeitsprung: Die General-Motors-Bosse und die faschistische deutsche Regierung pflegten gute Kontakte. Am 9. Juni 1938 erhielt GM-Vizepräsident James D. Mooney, von Hitler das „Verdienstkreuz des Ordens vom Deutschen Adler“. (Abb.)

Im Opel-Werk Rüsselsheim gab es in der gleichen Zeit Widerstand gegen Faschismus und Krieg. Namen wie Oskar Müller (später KPD-Arbeitsminister von Hessen) und Fritz Zängerle (nach 1945 der legendäre KPD-Opel-Betriebsratsvorsitzende) tauchen auf. Und es gibt den sensationellen Bericht über einen Streik bei Opel am 25. Juni 1936. In der



Karosserieabteilung stand das Band still, 262 Arbeiter streikten. Die Nazis schäumten. Alle Arbeiter wurden sofort entlassen und verfolgt. Opel stand unter verstärkter Beobachtung. Doch es gab weiter Widerstand und Opfer: Am 23. Dezember 1942 wurde der Opelarbeiter Walter Rietig, ein Sozialist und Freund Fritz Zängerles hingerichtet.

## Sklavenarbeiter in der Rüstungsschmiede der Faschisten

Opel produzierte indessen Rüstungsgüter. Bomber, Lastwagen - alles was Hitlers Kriegsmaschine benötigte.

In Rüsselsheim und im neuen Werk Brandenburg schufteten an den Bändern Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene unter unmenschlichen Bedingungen. Opel war kriegswichtiger Betrieb, im Werk Rüsselsheim wurden u.a. Flugzeugmotoren hergestellt. Im Juli 1940 kamen hier bereits die ersten 600 französischen und belgischen Kriegsgefangenen zur Zwangsarbeit für die Rüstungsproduktion ins Werk. Im September 1942 arbeiteten bei Opel 1539 französische Kriegsgefangene, 848 aus der Sowjetunion Verschleppte, darunter 146 Frauen und 262 sonstige „Fremdarbeiter“. Der Ausländeranteil hatte sich schon wenige Monate später im Werk auf kapp 20 Prozent erhöht, bei insgesamt 18.500 in der Produktion Beschäftigten. Darunter gab es über 1500 Kriegsgefangene und über 1300 aus der Sowjetunion verschleppte Zwangsarbeiter. Unzählige kamen bei den späteren Bombenangriffen der Alliierten um - sie durften nicht in die Luftschutzkeller. Auf dem Friedhof in Rüsselsheim kann man viele russische Namen lesen.

## Die „späte“ Bombardierung

Lange blieb jedoch rätselhaft, warum der Rüstungsbetrieb Opel erst im Sommer 1944 von US-Bombern angegriffen wurde. Das Werk war „amerikanischer Zivilbesitz“. Die Möglichkeit einer Bombardierung gab es erst, nachdem zwischen General Motors und dem amerikanischen Staat ein Abkommen getroffen wurde, auf Grund dessen der amerikanische Staat das Werk kaufte. Einen Tag nach Abschluß wurde das Werk zerschlagen. Wenige Jahre nach dem Krieg ist das Werk dann wieder in die Hände des ursprünglichen Besitzers zurückgegangen und General Motors konnte, „gemäß einem Gesetz über die Vermögenswerte in Feindeshand“ alle Investitionen steuerlich abschreiben.



## Gewinne auf „beiden Seiten der Front“ und „Entschädigung“ für Verluste an Produktionsanlagen in Deutschland

Halten wir fest - bis 1941 machte GM durch die Aufrüstung des Dritten Reiches und durch die Kriegsproduktion von Flugzeugteilen ordentliche Profite. Das heißt, die produzierten Mittelstreckenbomber Ju88 (Abb.) und die gebauten Torpedos, brachten u.a. den amerikanischen Seeleuten auf den Transportschiffen den Tod. Aber General Motors machte dabei Profit.

Zwar wurden zum Schluß die Gewinne auf einem Sperrkonto in Berlin festgelegt und konnten nicht mehr über die Schweiz nach den USA transferiert werden. Aber auch das wurde nach dem Krieg geregelt - und es gab Entschädigungen für die zerbombten Werksanlagen. General Motors hatte also auf beiden Seiten der Front verdient und war durch seine Rüsselsheimer Tochter in Hitlers Krieg verwickelt.

Noch sechzig Jahre nach Kriegsende reagieren darauf manche Gesprächspartner ungläubig. Wenn es um Profit geht, geht das Kapital auch über Leichen. rh

# INITIATIVEN DER DKP/OL-FRAKTION

Antrag der DKP/OL-Fraktion

## Erneut über größere Sporthalle an der Bgm.-Klingler-Schule sprechen

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

**„Der Magistrat wird gebeten, unverzüglich mit der Kreisverwaltung erneut über die Möglichkeit zu sprechen, beim Neubau der Sporthalle an der Bürgermeister-Klingler-Schule eine größere Lösung (Zwei- oder Dreifeldhalle) zu realisieren. Zu den Gesprächen sollten Vertreter der örtlichen Sportvereine, insbesondere der SKV Mörfelden hinzugezogen werden.“**

In der Begründung heißt es u.a.:

Es ist seit Jahren bekannt und von den Vereinen wird es immer wieder angesprochen: Es gibt in beiden Stadtteilen unserer Stadt zu wenig Sporthallen. ... Dabei hätte es bei etwas gutem Willen durchaus die Möglichkeit gegeben mit verhältnismäßig geringen Kosten die Situation zu verbessern. Wie bekannt, wird die kleine Schulturnhalle im Rahmen der Sanierung der Bürgermeister-Klingler-Schule demnächst abgerissen. Dafür baut der Kreis als Schulträger wieder eine kleine Einfeldhalle, obwohl genügend Platz auch für eine Zwei- evtl. auch Dreifeldhalle vorhanden ist. Die Bereitschaft des Kreises, bei Beteiligung der Stadt an den Mehrkosten größer zu bauen, war vorhanden. Auch die SKV Mörfelden hätte sich daran beteiligt. Es ist schade, dass eine solche Chance bisher vertan wurde.

Wie ernst die Situation ist, geht aus den Jahreshauptversammlungen der Vereine und ihrer Abteilungen hervor. ... So und ähnlich verhält es sich auch bei den drei Walldorfer Vereinen TGS, SKG und Rot-Weiß. Hinzu kommt, dass auch beide Jugendzentren den Wunsch geäußert haben ... auf einen regelmäßig zur Verfügung stehenden Hallenplatz zurückgreifen zu können. Auch die beiden Kinderhorte nutzen wöchentlich Turnhallen. Dazu kommt der sicher noch auszubauende Schulsport.

Bereits 2002 hatte die DKP/OL-Fraktion darauf verwiesen und im Dezember 2002 einen entsprechenden Antrag gestellt. ... Die Verantwortlichen der Stadt und des Kreises sollten sich im Interesse Bürgerinnen und Bürger und ihrer Vereine auf jeden Fall noch einmal zusammensetzen und versuchen, doch noch eine größere Lösung für den anstehenden Bau der Schulsporthalle zu finden.

Antrag der DKP/OL-Fraktion

## Keine „1-Euro-Jobs“ bei der Stadt Mörfelden-Walldorf

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

**„Die Stadt Mörfelden-Walldorf wird keine sog. „1-Euro-Jobs“ einrichten. Dies gilt auch für den Eigenbetrieb Stadtwerke.“**

Begründung:

„1-Euro-Jobs“ dienen dazu, die Arbeitslosen gefügig zu machen, sich mit jeder Arbeit und mit einem Lohn am Existenzminimum abzufinden. Wer sich weigert, einen „1-Euro-Job“ anzunehmen, dem wird auch noch der Regelsatz von 345,- Euro gekürzt. In aller Regel findet weder Qualifizierung noch Eingliederung statt, denn dazu fehlt selbstverständlich das Geld. Es ist nicht ersichtlich, wie den lohnabhängigen Arbeitslosen geholfen wird, indem sie erpresst und ausgenutzt werden.

Durch „1-Euro-Jobs“ sollen die Kommunen sich für die steuerpolitisch und konjunkturell bedingten Haushaltslöcher schadlos halten. Wenn sie sich erst einmal mit solchen Beschäftigungsverhältnissen behelfen, dann können diese schnell „unentbehrlich“ werden und statt zu Kritikern werden die Kommunen stille Teilhaber dieser Politik. Durch „1-Euro-Jobs“ wälzen sie die Konsequenzen dieser Politik auf die Schwächsten ab: ihre eigenen BürgerInnen. Die „1-Euro-Jobs“ sind auch der Versuch, die für das Kapital in Deutschland überflüssigen Arbeitskräfte abzuwerten und gegen die (noch) Beschäftigten auszuspielen. Das allgemeine Lohnniveau soll weiter gedrückt, Billiglöhne staatlich subventioniert werden. „1-Euro-Jobs“ sind faktisch eine Konkurrenz für reguläre Beschäftigungsverhältnisse bei Kommunen und in der privaten Wirtschaft. Wir wollen nicht, dass sich die Stadt Mörfelden-Walldorf an der Spaltung der Lohnabhängigen und der ökonomischen Ausnutzung der arbeitslosen Menschen beteiligt.

Kommunalpolitik  
*aktiv*

Hinweise und Informationen  
nehmen wir ernst!

Anfrage der DKP/OL-Fraktion

## Gibt es in Mörfelden-Walldorf Bedarf für eine „Tafel“?

In vielen Städten gibt es die Einrichtung einer „Tafel“, die insbesondere Lebensmittelpenden einsammelt und Bedürftige damit versorgt. Die Zahl der Bedürftigen, darunter viele Kinder, nimmt zu.

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie hat sich die Zahl der Sozialhilfeempfänger in unserer Stadt im letzten Halbjahr verändert?
2. Wie viele Sozialhilfeempfänger stehen heute finanziell schlechter da, als im vergangenen Jahr?
3. Sieht der Magistrat in Mörfelden-Walldorf Bedarf für eine „Tafel“?
4. Wer käme als Träger in Betracht?
5. Wo könnte ein solches Angebot realisiert werden ?

Anfrage der DKP/OL-Fraktion

## Wer hat den „Kahlschlag“ im Wald an der B 486 veranlasst und genehmigt?

Das Waldstück zwischen der Bundesstraße 486 und dem Betriebsgelände der Firma Wagner Entsorgung (nahe Müllberg) ist stark gelichtet und von jeglichem Unterholz und Sträuchern gesäubert worden.

Wir fragen den Magistrat:

1. Ist dem Magistrat bekannt, dass in dem Waldstück zwischen B 486 und dem Betriebsgelände der Firma Wagner Entsorgung etliche Bäume gefällt worden sind und das gesamte Unterholz entfernt wurde ?
2. Steht dieser „Kahlschlag“ im Zusammenhang mit der zukünftigen Nutzung des Betriebsgeländes ?
3. Ist die Stadtverwaltung davon informiert oder in einem etwaigen Genehmigungsverfahren beteiligt worden ?
4. Wer hat diesen „Kahlschlag“ veranlasst ?
5. Wer hat diese Maßnahme genehmigt?

## CDU-Propaganda

Kinderspielplätze müssten „Inseln für Kinder“ sein und dürften nicht als Lärmquelle gesehen werden, wird dieser Tage der örtliche CDU-Vorsitzende in der Lokalpresse zitiert. Im Vorfeld der Kommunalwahl wird von der CDU die „familienfreundliche Stadt“ propagiert. Eine Seite weiter liest man unter der Überschrift „Klettergeräte verschieben“, dass die CDU-Fraktion beantragt, die Spielgeräte auf dem Spielplatz „Plassage/Lange Äcker“ zu verschieben. Damit „könnten auch Lärmbelästigungen verringert werden.“ Vielleicht klärt die CDU erst mal, was sie will, bevor sie „Propaganda“ macht. Die Botschaft von der „Familienfreundlichkeit“ ist jedenfalls wenig überzeugend.

# Endlich Arbeits- plätze schaffen!

1. Mai 2005, 10 Uhr:  
Demonstration zur  
DGB-Kundgebung  
ins Bürgerhaus  
Treffpunkt: „Goldener Apfel“

## Nulltarif in den Kitas

„rotbewegt“ will Hessens SPD zur Kommunalwahl 2006 auf Plakaten um Wähler werben. Als wichtige Themen wurden bei der Eröffnung des Kommunalwahlkampfes ein Jahr vor dem Wahltermin Kinderbetreuung, Ganztagsunterricht und die Zusammenarbeit von Kindergärten und Grundschulen genannt. Es soll sogar der Nulltarif für Kindergärten zur Debatte stehen, weil das bei Bürgermeisterwahlkämpfen der letzten Jahre gut angekommen ist. Diese Forderung ist nicht neu und bis in die CDU hinein populär. Ob die Wählerinnen und Wähler der Hartz-Partei SPD allerdings noch so viel sozialpolitischen Eifer abkaufen, bleibt abzuwarten.

In unserer Stadt hat die SPD gemeinsam mit der FDP die Kita-Gebühren gerade kräftig angehoben und den Kostendeckungsgrad auf 33% festgesetzt. Um so erstaunter haben wir zur Kenntnis genommen, dass auch hier die Sozialdemokraten darüber nachdenken, „Bildungseinrichtungen beitragsfrei anzubieten“. Wir werden sie beim Wort nehmen und bei nächster Gelegenheit daran erinnern.

## Fraport setzt verstärkt auf Billigpersonal

Flughafenbetreiber peilt Quote an Fremdpersonal von 20 Prozent an / Neue Jobs vor allem bei Konzern-Tochtern

In der „Frankfurter Rundschau“ am 20. April 2005 fanden wir einen Artikel mit obiger Überschrift. Von wegen Jobmaschine. Alles Sprüche. Auf die fallen aber immer wieder eine paar Einfältige herein. So die „Junge Union“ im Kreis Groß-Gerau. In der gleichen Ausgabe der „Frankfurter Rundschau“ fordern sie dringend den Ausbau des Flughafens, weil er doch so viele Arbeitsplätze schafft.

## Zumutung

Anfang April rief uns eine Bürgerin an und wollte einfach mal loswerden, über was sie sich gerade geärgert hatte. Um halb vier Uhr nachts war sie vom Lärm eines startenden Flugzeugs aufgeweckt worden. Sie rief bei der Fluglärmbeschwerdestelle an. „Haben Sie gesehen, ob es sich um ein Militärflugzeug gehandelt hat?“ wurde sie gefragt (Als ob man nachts um halb vier was sieht!?) Wenn ja, könne man da nichts machen. Die lärmgeschädigte Frau kam sich zu Recht nicht ernst genommen vor. Wir wissen, was sie erlebt hat ist kein Einzelfall. Deshalb gilt: Bei jeder unzumutbaren Belästigung durch Fluglärm anrufen und eine Bestätigung verlangen. Damit die dort merken, dass sich die Bürger nicht alles klaglos bieten lassen.

## Nicht ganz dicht

Nach starken Regenfällen im April fiel auf, dass die Aushänge in den Schaukästen am Walldorfer Rathaus völlig durchnässt waren und jetzt Wellen ziehen. Offensichtlich sind die nicht ganz dicht. Hier sollte schnellstens nachgebessert werden.

## Keine Hubschrauberschwebeflüge in unserer Gemarkung

Die Stadtverordnetenfraktion der DKP/Offene Liste begrüßt und unterstützt die ablehnende Stellungnahme des Magistrats zur Anfrage des RP Darmstadt bezüglich der Verlagerung von Hubschrauberschwebeflügen vom Verkehrslandeplatz auf ein Gelände in der Gemarkung Mörfelden-Walldorf.

Der Versuch des RP Darmstadt und der Fluglärmkommission Egelsbach, der Stadt Mörfelden-Walldorf und ihren Einwohnern noch mehr Lärm und andere Belastungen zuzumuten, ist auf's Schärfste zurückzuweisen. Die Stadtverordnetenversammlung soll-

te das Regierungspräsidium ausdrücklich auffordern, die Verlagerung von Hubschrauberschwebeflügen auf ein Gelände in der Gemarkung Mörfelden-Walldorf nicht zu genehmigen.

Die DKP/OL-Fraktion wird einen dahin gehenden Änderungsantrag einbringen. Wir hoffen und erwarten im Interesse der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt, dass der Magistrat rechtlich sichergestellt hat, dass das RP die gesetzte Frist für eine Stellungnahme gewahrt sieht. Zweifel daran sind nach dem vorliegenden Schriftverkehr leider nicht unbegründet.

## Sehr lesenswert

Wochenzeitung der DKP  
Probexemplare:  
Neue Impulse Verlag  
Hoffnungstraße 18, 45127 Essen  
e-Mail: [NeueImpulse@aol.com](mailto:NeueImpulse@aol.com)



# Stadtgeschichten



1940, im zweiten Kriegsjahr stellten sich die 14 jungen Mörfelderinnen vor ihrer Schule, dem späteren Rathaus und heutigen Sozialamt dem Fotografen. Ihre Klasse war eine Art Fortbildungsschule oder auch Berufsschule während der Zeit ihres Pflichtjahres. Das Pflichtjahr, auch Landjahr genannt, wurde von den Nazis eingeführt für Mädchen, die ihre achtjährige Grundschule absolviert und noch keine Lehre oder weiterführende Schule begonnen hatten. Die Mädchen waren in der Mehrzahl bei ortsansässigen Landwirten, daher Landjahr, aber auch bei Familien, denen vom Staat ein billiges Dienstmädchen genehmigt wurde, zugeteilt. Je Woche gab es einen Schultag mit den Fächern Kochen und Handarbeit. Ihre Lehrerin war damals das „Fräulein“ Emmerich.



Die Namen der Schülerinnen, Ehepartner in Klammern, sind von links (stehend): Erna Dilfer (Petermann), Anna Schmitt, Lisbeth Cron, Meta Siegel, Lollo Fritz (Siegel), Erna Fritz, Emmi Hartmann, Lilli Meffert, Dorchen Zängerle, Elfriede Köth. Sitzend: Martha Schulmeyer, Irmgard Scheuermann, unbekannt, Margarethe Acker.

**Aufzum Pressefest!**  
Wir bilden Fahrgemeinschaften.  
Wer will mit?

Mittwoch, 18. Mai 2005  
20 Uhr im Kulturbahnhof, Mörfelden

Diskussion mit  
Prof. Dr. Christoph Butterwegge  
**Sozialstaatsentwicklung  
1929-33  
Parallelen zu heute?**

Unser Lexikon

**Schbrisch**

Der sieht aus  
wie de Dod  
uff Urlaab.